

Vollzugsnotstand in den Kantonen

Autor(en): **Lehmann, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1992)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586367>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vollzugsnotstand in den Kantonen

Die meisten kantonalen Energiefachstellen treiben "Energie 2000" zügig voran - doch die allgemeine Finanzknappheit und der ungebrochene Wachstumsglaube gefährden das angestrebte Stabilisierungsziel.

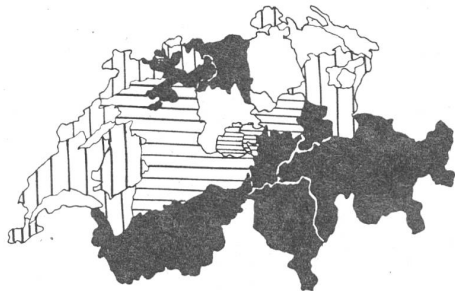
Für einen Berner mit Arbeitsort in Zürich ist es eine besondere Genugtuung, in der NZZ Neuigkeiten über ein Wahrzeichen der Bundeshauptstadt zu erfahren: Das "Marzili-Bähnli" soll in naher Zukunft - als Projekt im Rahmen von "Energie 2000" - durch eine Photovoltaik-Anlage angetrieben werden.

Was bewirkt das Aktionsprogramm "Energie 2000" sonst noch in den Kantonen? Dient es als Nährboden für einzelne Alternativenergie-Projekte, die zwar medienwirksam und prestigeträchtig sind, aber kurzfristig keine Lösung des Energieproblems herbeiführen können? Oder gibt es den kantonalen Behörden auch einen Anstoss, strengere Vorschriften zu erlassen und deren Vollzug durchzusetzen?

Das ist "Energie 2000"

Das Energieprogramm beruht auf drei Stützen:

1.) Der *Bund* erlässt Gesetze und deren Verordnungen und unterstützt diese mit entsprechenden flankierenden Massnahmen (Infor-



■ 200-600% ▨ 70-100% ▤ 11-50% □ 0-10%
Energieversorgungsgrad der Kantone mit Strom

mation und Beratung, Umsetzungsprogramme, Kontakte mit allen Beteiligten, Impulsprogramme, Forschung,...).

2.) *Kantone und Gemeinden* spielen eine entscheidende Rolle: Die Kantone sollen das "Energiepolitische Programm" (siehe Kasten) erfüllen, wobei hier den Gemeinden eine wichtige Vollzugsfunktion zusteht.

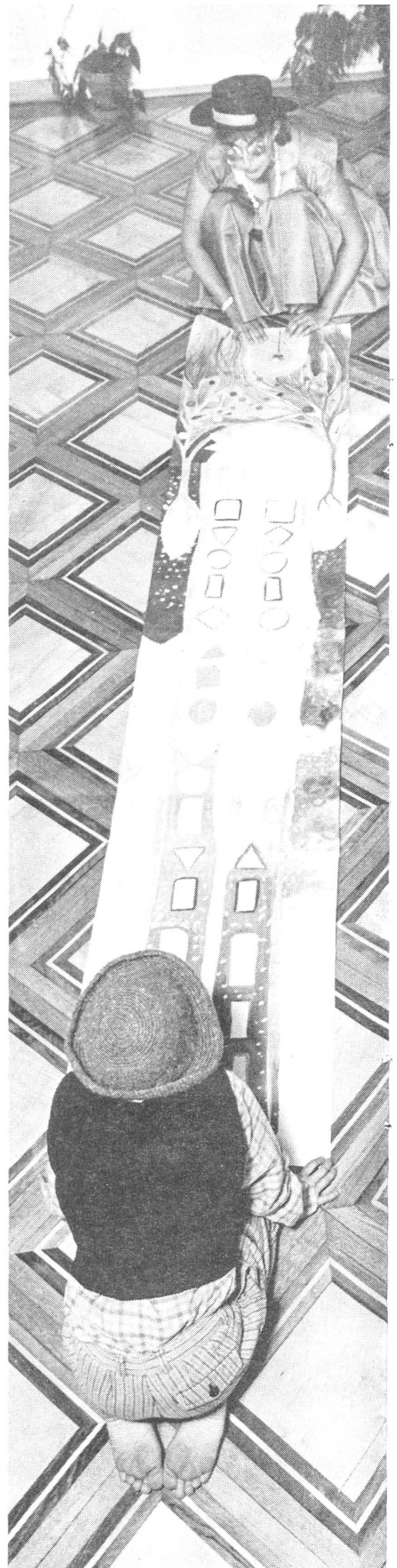
3.) Die *Wirtschaft und die privaten Organisationen* haben grosse Investitionen zu tragen, die allerdings auf Freiwilligkeit beruhen.

Gemächlicher Vollzug

Seit die *Energienutzungsverordnung* im März dieses Jahres in Kraft gesetzt wurde, hat ein grosser Teil der Massnahmen für das ganze Land Gültigkeit. Die kantonalen energierechtlichen Bestimmungen sind vielerorts vorhanden, unterscheiden sich aber in der Schärfe der Vorschriften. Beispielsweise sind Massnahmen zur Wärmedämmung bis auf den Kanton Obwalden überall in Kraft, aber noch längst nicht alle Kantone schreiben die schärferen SIA 380/1 Normen vor.

In den kantonalen Jahresberichten über ihre "Energiepolitischen Programme" lassen sich meistens Verbesserungen in den Massnahmen feststellen. Doch diese vollziehen sich nicht selten mit einer gewissen Gemächlichkeit, zumal die Bereitstellung der finanziellen und personellen Mittel grosse Schwierigkeiten bereitet.

In dieser ersten Phase des Aktionsplanes "Energie 2000" legten die meisten Kantone die Schwerpunkte der Massnahmen auf Information und Beratung, auf das Erstellen von Demonstrationsanlagen und auf Verbesserungen bei den kantonalen Bauten,



sowie auf die Anpassung der Gesetzgebung.

Die Kantone haben kein Geld

Für den Vollzug sind - je nach Kanton - die Gemeinden, der Kanton oder beide zuständig. Um den Vollzug der bautechnischen Massnahmen zu gewährleisten, sind nicht nur die Zuständigkeiten zu beachten, sondern auch die energietechnischen Nachweis-, Ausführungs- und Vollzugskontrollen, die entsprechende Ausbildung, die Vollzugshilfen und die Vollzugsberatung.

Und dies alles klappt nur in den wenigsten Kantonen mit der nötigen Qualität:

Eine ausführliche Beurteilung eines Massnahmenachweises oder eine Kontrolle am Bau erfordert nicht nur fachliche Qualifikation, sondern auch die nötige Zeit.

Viele Behörden würden die Auslagerung der Kontrolle an eine externe Instanz begrüssen. An eine Instanz, die das nötige fachliche Wissen wirklich immer aufbringt und sich (gegen entsprechende Bezahlung) auch genügend Zeit nimmt.

Denn nur eine Verbesserung der Kontrollen (und/oder eine Regelung über den Preis) können die Einhaltung der Grenzwerte - und dadurch die angestrebte Energieersparnis - garantieren.

Die nötigen Weiterbildungen der amtlichen Kontrollpersonen, und die vermehrte Auslagerung an



Dafür sind die Kantone zuständig

Das Energiepolitische Programm bildet die Grundlage für die energiepolitische Zusammenarbeit von *Bund* und *Kantonen* und regelt die betreffende Aufgabenteilung. Es wurde 1985 vereinbart und seither mehrmals verstärkt.

Im Rahmen von "Energie 2000" sind zur Verstärkung des Energiepolitischen Programms weitergehende Massnahmen zu realisieren. Das Programm umfasst 19 Massnahmen erster oder zweiter Priorität: Für die Massnahmen in den Bereichen "Information", "Finanzielle Massnahmen" und "Leistungsgebundene Energien" sind sowohl die *Kantone* als auch der *Bund* zuständig. Dem *Bund* obliegen der Bereich "Verkehr" (für den Agglomerationsverkehr sind die *Kantone* zuständig) und einige Massnahmen des "Gebäudebereiches".

Die *Kantone* sind zudem in erster Linie für die Durchführung einiger Vorschriften im "Gebäudebereich" zuständig (Wärmedämmung, Klima- und Lüftungsanlagen, Ausrüstung und Dimensionierung von Heiz- und Warmwasseranlagen,...).

Energieberatungsstellen oder IngenieurInnen-Büros sind mit Kosten verbunden. Aber die Bereitstellung des erforderlichen Personals wird durch die allgemeine Finanzknappheit noch stark erschwert.

Noch glauben die Kantone an "Energie 2000"

Nicht nur die finanzielle Lage liegt einigen Kantonen schwer auf dem Magen. Auch die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Verkehrszunahme gefährdet die Energieziele für das Jahr 2000. In diesem Bereich tut die verstärkte Koordination der kantonalen Energiegesetzgebung mit der Luftreinhaltepolitik not.

Die Elektrizitäts-Produktionsmöglichkeiten sind in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich (siehe



Graphik). Gerade in den "produktiven" Kantonen muss versucht werden, die von "Energie 2000" geforderten Leistungserhöhungen der Wasser- und Atomkraftwerke in die Grenzen des Gewässerschutzes, beziehungsweise der Moratoriumsinitiative zu weisen (eine Steigerung der KKW-Produktivität ist wegen der Risikoerhöhung nicht mit dem Sinn der Moratoriumsinitiative vereinbar).

Die SES hat verschiedene Energieberatungsstellen über ihren Eindruck von "Energie 2000" befragt und oft ähnliche Antworten erhalten: Das Wissen über die Einsparpotentiale und deren Ausnützung sind bekannt, der Glaube an die Erreichbarkeit der gesteckten Ziele trotz finanzieller Engpässe noch vorhanden. Und doch schleicht sich hier und dort Resignation ein:

Im Hinblick auf den weiterhin zu erwartenden Verkehrszuwachs und die vom BUWAL erstellte Prognose, dass bei einem allfälligen Beitritt der Schweiz zum EWR oder zur EG der Energieverbrauch weiterhin ansteigen werde. Unter Berücksichtigung dieser Aussichten scheinen die Ziele von "Energie 2000" geradezu illusorisch!

Das eingangs erwähnte Beispiel des solarbetriebenen "Marzilibähnli" mag eine hübsche Idee sein. Wäre eine vom ungebrochenen Wachstumsglauben erdrückte "Energie-Friedenstaube" wohl passender gewesen....?

Peter Lehmann *

*Peter Lehmann ist Student der Umweltwissenschaften an der ETH Zürich und absolviert ein Praktikumssemester bei der SES